

PIERRE ROSANVALLON

DIE GESELLSCHAFT
DER GLEICHEN

Leseprobe

Pierre Rosanvallon

Die Gesellschaft der Gleichen

Aus dem Französischen von
Michael Halfbrodt

Leseprobe

Hamburger Edition

Einleitung – Die Krise der Gleichheit

Als System gedeiht die Demokratie gerade in dem Augenblick, da es mit ihr als Gesellschaftsform bergab geht. Als Souverän haben die Bürger ihre Fähigkeit, sich einzumischen und ihren Einfluss geltend zu machen, beständig erhöht. Sie begnügen sich fortan nicht mehr damit, von Zeit zu Zeit über den Umweg der Wahlurnen ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Sie betätigen sich mit zunehmendem Engagement als Aufsichts- und Kontrollinstanz. Sie nehmen abwechselnd die Form von aktiven Minderheiten oder Leidensgemeinschaften an, sowie die einer diffusen öffentlichen Meinung, um Druck auf die Regierenden auszuüben und ihre Erwartungen und ihren Zorn zu artikulieren. Noch die Heftigkeit, mit der sie das parlamentarische System attackieren, zeugt von ihrer Entschlossenheit, das demokratische Ideal mit Leben zu erfüllen. Das ist ein Zeichen der Zeit. Das Streben nach Ausdehnung von Freiheitsrechten und nach Einführung öffentlicher Gewalten, die im Dienst des Gemeinwillens stehen, hat überall die Macht der Despoten ins Wanken gebracht und das Antlitz der Erde verändert. Doch dieses politische Kollektiv, das immer deutlicher seinen Stempel hinterlässt, bildet gesellschaftlich gesehen weniger denn je eine Einheit. Während die politische Bürgerschaft sich auf dem Vormarsch befindet, schwindet sie als soziale Körperschaft dahin. Dieser Riss, der durch die Demokratie geht, ist das herausragende Faktum unserer Zeit und birgt die größten Gefahren. Sollte er sich vergrößern, könnte das demokratische System selbst am Ende ins Wanken geraten.

Die Zunahme der Ungleichheiten ist zugleich Indikator und treibende Kraft dieser Entwicklung. Sie ist die stumpfe Feile, die einen leisen Zerfall des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität bewirkt. Dieses Phänomen ist Gegenstand zahlreicher statistischer Untersuchungen geworden. Alle weisen übereinstimmend darauf hin, welchen Anteil die spektakulären Zuwächse bei den höchsten Einkommen an der Entstehung des Phänomens ha-

ben,¹ egal, ob es sich um die Einkünfte von Großindustriellen und Finanzmagnaten oder einfach von Topmanagern bzw. von Spitzensportlern oder Showstars handelt. In den Vereinigten Staaten kamen 2010 die zehn Prozent der höchsten Einkünfte auf 50 % des Gesamteinkommens, während dieser Anteil 1982 noch bei 35 % lag. Im Fall Frankreichs stieg zwischen 1998 und 2006 das Durchschnittsgehalt des einen Prozents der Bestbezahlten um zirka 14 % und das Durchschnittsgehalt des hundertstel Prozents der absoluten Spitzenverdiener um nahezu 100 %, während der Zuwachs bei der breiten Masse der unteren neunzig Prozent der Lohn- und Gehaltsempfänger im selben Zeitraum lediglich 4 % betrug. Seither hat dieser Abstand weiter explosionsartig zugenommen, wie die vom INSEE (Nationales Amt für Statistik)² veröffentlichten Zahlen belegen. Das wachsende Einkommensgefälle ist ein weltweit zu beobachtender Trend.

Am anderen Ende der Skala hat sich die Zahl der Geringverdiener, wie der SMIC-Empfänger in Frankreich (einer von fünf Arbeitnehmern liegt derzeit im Bereich des Mindestlohns), ebenso erhöht wie die Zahl von Haushalten, die, vor allem infolge von Arbeitslosigkeit und der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, unterhalb der Armutsschwelle leben.

Dieses wachsende Einkommensgefälle ging Hand in Hand mit einer zunehmenden Vermögenskonzentration. In den Vereinigten Staaten etwa besitzen zwanzig Prozent der Personen 93 % aller Finanzguthaben (unter Ausschluss des Immobilienvermögens, dessen Wert übrigens geschrumpft ist). Im Fall Frankreichs besitzt das eine

1 Vgl. als maßgebliche Arbeiten zu diesem Thema Piketty, *Les hauts revenus en France au XX^e siècle*; Piketty/Saez, »Income Inequality in the United States, 1913–1998«; Atkinson/Piketty (Hg.), *Top Incomes over the 20th Century* (eine unvergleichliche statistische Fundgrube). Für Großbritannien siehe auch die fundierte Studie des Government Equalities Office, *An Anatomy of Economic Inequality in the UK*. Für die OECD-Staaten die Überblicksdarstellung OECD, *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*. Zur jüngsten Explosion hoher Gehälter in Frankreich vgl. Landais, *Les Hauts Revenus en France (1998–2006)*. Die nachfolgenden Zahlenangaben sind diesen Arbeiten entnommen.

2 Wiederum auf Frankreich bezogen stieg der Durchschnitt der verfügbaren Einkommen (nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben) des hundertstel Prozents der Wohlhabendsten 2007 auf das 75-Fache des Durchschnittseinkommens der unteren neunzig Prozent.

Prozent der Reichsten 24 % des Nationalreichtums, und die zehn Prozent der Wohlhabendsten verfügen über 62 %, während die unteren fünfzig Prozent der Bevölkerung auf nicht mehr als 6 % kommen.³ Diese Ungleichheiten zu messen, ist sicherlich ein komplexes Unterfangen und wirft beträchtliche Methodenprobleme auf,⁴ und die ganze Ungleichheitsproblematik selbst beschränkt sich natürlich nicht auf reine Einkommens- und Vermögensfragen. Doch könnten diese wenigen Angaben leicht bis zum Überdruß erweitert und verfeinert werden, so reichhaltig ist die wissenschaftliche Literatur zu diesem Thema. Sie werden hier nur angeführt, um den Rahmen abzustecken und das Ausmaß des Phänomens zu verdeutlichen. Denn ihre Relevanz für das Thema dieses Buches liegt in etwas anderem, nämlich der Feststellung, dass man noch nie so viel über diese Ungleichheiten gesprochen und gleichzeitig so wenig getan hat, um sie zu reduzieren. Hier tut sich ein gravierender Widerspruch auf, dem nachzugehen ist. Ein Widerspruch, in dem sich die entstehende Kluft zwischen dem Voranschreiten der Demokratie als System und dem Rückgang der Demokratie als Gesellschaftsform spiegelt.

Die Formen eines Bruches

Der rasante Anstieg der Ungleichheiten kontrastiert vor allem mit dem einstigen Bestreben, in Amerika ebenso wie in Europa, sie zu verringern. Das Bemerkenswerte ist nämlich, dass dieser Anstieg einen säkularen Trend zur Reduktion von Einkommens- und Vermögensungleichheiten auf beiden Kontinenten ablöst. So verblieben etwa im Fall Frankreichs dem einen Prozent der reichsten Franzosen, die 1913 noch 53 % des Gesamtvermögens besaßen, davon nur noch 20 % im Jahr 1984. In den Vereinigten Staaten entfielen vor der Wirtschaftskrise von 1929 etwa 50 % des Gesamteinkommens auf die obersten zehn Prozent der Einkommensbezieher, während ihr Anteil von Beginn der 1950er bis Anfang der 1980er Jahre konstant bei unter 35 % lag.⁵ In Schweden, dem typischsten Beispiel von allen, bezog 1980 das eine Prozent der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen 23 % des

3 Piketty, *On the Long-run Evolution of Inheritance*.

4 Vgl. diesbezüglich Barbut, *La Mesure des inégalités*.

5 Datenangaben nach den zitierten Werken von Piketty.

Gesamteinkommens gegenüber 46 % zu Beginn des Jahrhunderts.⁶ Diese spektakulären Reduktionen resultierten zugleich aus einem rascheren Anstieg der unteren Einkommen, einem verlangsamten Wachstum der Spitzeneinkommen sowie aus sozialen Transferleistungen und der starken Korrekturwirkung einer progressiven Besteuerung, deren Sätze in der ersten Jahrhunderthälfte in die Höhe schnellten. Die gegenwärtige Situation ist also keineswegs eine Erblast der Vergangenheit, sondern stellt vielmehr, als Umkehr einer säkularen Tendenz, einen spektakulären Bruch mit dieser dar.

Dieser Kurswechsel bezeichnet eine echte geistige Zäsur im Verständnis dessen, was das Wesen des demokratischen Ideals ausmacht. Die Amerikanische und die Französische Revolution trennten die Demokratie als System der Volkssouveränität nicht von der Demokratie als Form einer Gesellschaft der Gleichen. In seinem Buch *Esprit de la Révolution de 1789* schrieb Pierre-Louis Roederer, eine der großen Persönlichkeiten der verfassungsgebenden Nationalversammlung (Konstituante), bezeichnenderweise: »Jenes Gefühl, durch welches die Revolution ihren ersten Aufschwung nahm, welches sie zu ihren heftigsten Anstrengungen aufstachelte und durch welches sie ihre größten Erfolge errang, ist die Liebe zur Gleichheit.« »Der erste Beweggrund der Revolution war«, so brachte er es auf den Punkt, »die Unduldsamkeit gegenüber den Ungleichheiten.«⁷ Dieser Roederer hatte nichts von einem Radikalen. Er gehörte zu den Gemäßigten der Nationalversammlung, sein Ideal war das eines demokratischen Liberalismus. Wir dürfen auf solche Worte also nicht die Einschränkungen und Abgrenzungen projizieren, die wir heute verwenden, um die Idee der Gleichheit in Begriffe aufzuteilen, die sich mit zunehmender Radikalität und Reichweite von der republikanischen Gleichheit der Rechte zur wirklichen Gleichheit des Sozialismus erstrecken. Die Gleichheit war seinerzeit unteilbar und umfassend; sie brauchte kein Adjektiv, um spürbar an Profil zu gewinnen. Es sei ferner daran erinnert, dass Freiheit und Gleichheit, die heute gerne als Gegenpole präsentiert werden oder zumindest als zwei Werte, die in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen, zur Zeit der Revolution als

6 Roine/Waldenström, »The Evolution of Top Incomes in an Egalitarian Society: Sweden, 1903–2004«.

7 Roederer in: Œuvres, Bd. III, S. 8 und 9 (das 1815 geschriebene Werk wurde erst 1830 veröffentlicht).

untrennbar verstanden wurden, wobei die Gleichheit zumeist als die ursprünglichere von beiden galt. Tatsächlich bezweifelte 1789 niemand, dass Gleichheit der »Leitgedanke« oder die »Parole« des laufenden Prozesses sei.⁸ Das Gleiche lässt sich über die Amerikanische Revolution sagen. Auch dort war der Gleichheitsgedanke, zusammen mit dem der Unabhängigkeit, der Schlüssel zur politischen Kultur der Epoche. Unter diesem Gesichtspunkt waren die beiden Revolutionen tatsächlich »Schwestern«.

Das Einverständnis mit der Ungleichheit

Die Forderung nach einer aktiveren Form von Demokratie scheint sich in der Folge von dieser anfänglichen Ungeduld getrennt zu haben. Mangelndes Bewusstsein über die Tragweite des Problems ist allerdings nicht der Grund dafür. Zahlreiche Untersuchungen haben ergeben, dass in Europa, ebenso wie in China oder Brasilien, eine zum Teil beträchtliche Mehrheit der Befragten das Gefühl hat, in einer ungerechten Gesellschaft zu leben,⁹ ohne dass dieses Empfinden jedoch zu einem Geltendmachen sozialer Forderungen oder zu politischen Willensbekundungen führt, die ernsthaft imstande wären, den Lauf der Dinge zu verändern. Es sieht ganz so aus, als gäbe es heute eine Art stillschweigender Toleranz gegenüber diesen Ungleichheiten – abgesehen natürlich von den allseits angeprangerten Fällen exorbitanter Bonuszahlungen oder unverhältnismäßig hoher Gehälter. Genauer gesagt, das diffuse Gefühl, dass die Ungleichheiten »zu groß«, ja sogar »skandalös« seien, geht mit einer unausgesprochenen Akzeptanz ihrer vielfältigen konkreten Ausdrucksformen einher sowie mit einem Widerstand, etwas gegen sie unternehmen zu wollen. Daher rührt die Tatsache, dass eine soziale Unzufriedenheit, die vermutlich von einer

8 Die Worte stammen aus Neckers Werk: »Du Pouvoir exécutif dans les grands États« [1792], S. 285.

9 Vgl. die internationale Meinungsumfrage zur Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit in zwölf Ländern von 2010, finanziert von der *Fondation Jean Jaurès* (Frankreich), der *Brookings Institution* (USA) und der *Fondation européenne d'études progressistes* (Brüssel). Australien, die USA und die Niederlande bildeten die Ausnahme innerhalb des sehr negativen Gesamttenors.

großen Mehrheit geteilt wird, mit einer praktischen Passivität gegenüber dem Gesamtsystem der Ungleichheiten zusammentrifft.

Eine gründliche Untersuchung, die 2009 in Frankreich durchgeführt wurde (»Wahrnehmung von Ungleichheiten und Gerechtigkeitsempfinden«)¹⁰, bestätigt diese Interpretation. Nahezu 90 % der Befragten halten es demnach für notwendig, die Einkommenskluft zu verringern, und ein noch höherer Prozentsatz vertritt die Meinung, dass eine Gesellschaft nur gerecht ist, wenn sie jedem die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse (Wohnung, Nahrung, Gesundheit, Bildung) garantiert. Eine überwältigende Mehrheit lehnt also Ungleichheiten ab und formuliert eine ambitionierte Vorstellung von Gerechtigkeit. Doch gleichzeitig meinen 57 %, dass Einkommensungleichheiten unvermeidlich seien, um wirtschaftliche Dynamik zu gewährleisten, und 85 % halten Einkommensunterschiede für akzeptabel, wenn sie eine Entlohnung für individuelle Leistungsunterschiede sind. Die pauschale Ablehnung einer bestehenden Gesellschaftsform geht also einher mit einer gewissen Akzeptanz der Mechanismen, die sie hervorbringen. Man verdammt die faktischen Ungleichheiten, während man die sie bedingende Ungleichheitsdynamik implizit als legitim anerkennt. Ich schlage vor, diese Situation, dass Menschen im Großen bedauern, was sie im Kleinen gutheißen, als *Bossuet-Paradox* zu bezeichnen.¹¹ Dieses Paradox ist die Ursache der zeitgenössischen Schizophrenie. Es resultiert nicht allein aus sträflicher Inkonsequenz. Es hat zunächst eine erkenntnistheoretische Dimension. Bei der Verurteilung von Globalsituationen werden objektive gesellschaftliche Fakten in Betracht gezogen, während für die Bewertung spezifischer Situationen eher individuelle Verhaltensweisen und Optionen eine Rolle spielen. Das Paradox hängt ferner mit dem Umstand zusammen, dass moralische und gesellschaftliche Beurteilungen aufgrund der augenfäl-

10 Die Ergebnisse sind vorgestellt und kommentiert in: Forsé/Galland (Hg.), *Les Français face aux inégalités et à la justice sociale*. Die nachfolgend zitierten Angaben stammen aus diesem Werk.

11 Von Bossuet stammt der berühmte Ausspruch: »Gott spottet der Geschöpfe, die die Ursachen verehren, aber die von ihnen ausgelösten Wirkungen beklagen.« Dieses Paradox kann auch im Sinne eines Kompositionseffekts verstanden werden: Die Unzufriedenheiten können die Summe heterogener Beurteilungen sein, während die Anlässe oder Motivationen, aktiv zu werden, positiv bestimmt sein müssen.

ligsten und extremsten Situationen vorgenommen werden (der Abstand zwischen Arm und Reich), in die sich die Menschen *abstrakt* hineinversetzen, während ihre persönlichen Verhaltensweisen *konkret* bestimmt sind und auf viel enger gefassten Rechtfertigungsformen beruhen. So erlebt man häufig, um nur dieses eine Beispiel zu nennen, dass schwere Vorwürfe gegen die Ungerechtigkeit des Schulsystems mit einem individuellen Verhalten einhergehen, das darauf abzielt, sich den Verpflichtungen des Sprenkelprinzips zu entziehen.¹²

Der Strukturwandel der Ungleichheiten hat bei dieser Entwicklung ebenfalls eine Rolle gespielt. Die traditionellen Ungleichheiten zwischen Berufsständen sind nämlich durch standesinterne Ungleichheiten überlagert worden, d.h. solchen, die aus dem Auseinanderdriften sozialer Lagen innerhalb einer bestimmten Gruppe resultieren (die Abstände zwischen verschiedenen Führungskräften sind größer als die zwischen dem Durchschnitt der Führungskräfte und dem der Arbeiter). Diese scheinen eher individuellen Besonderheiten als gesellschaftlichen Determinismen zu entspringen und sind gleichzeitig akzeptanzfähiger, wenn sie auf sozial anerkannte Leistungsunterschiede zurückgeführt werden. Es kommt somit zu einer Spaltung des sozialen Urteils. Daher auch die Tatsache, dass selbst bei einer überwiegend pauschalen Ablehnung von Ungleichheiten spezielle Formen von Ungleichheit, die als inakzeptabel empfunden werden, eher selten sind (während im Fall von Klassenungleichheiten beide Beurteilungen leichter übereinstimmen).

Die Krise der Gleichheit: sie verstehen, um sie zu überwinden

Der historische Bruch mit dem säkularen Trend, Ungleichheiten zu verringern, und deren diffuse Rechtfertigung im Zeichen des Bossuet-Paradoxes sind wesentliche Merkmale einer Krise der Gleichheit. Diese Krise hat eine geistige Dimension: Sie bezeichnet und begleitet den Niedergang eines ganzen Komplexes bisheriger Vorstellungen von Recht und Unrecht. Außerdem ist sie, jenseits ihrer unmittelbar

12 In Frankreich ist das Land in Schulbezirke (Sprengel) eingeteilt, und die Schüler sind verpflichtet, die ihrem Wohngebiet entsprechende Schule zu besuchen, um soziale Ghettoisierung zu vermeiden [AdÜ].

hervorstechenden ökonomischen und sozialen Aspekte, moralischer oder anthropologischer Natur. Sie muss als soziales Totalphänomen verstanden werden. Denn sie beschränkt sich nicht auf eine Frage von Einkommens- oder Vermögensungleichheiten. Sie hat die Grundlagen des Gemeinwesens selbst ins Wanken gebracht. Davon zeugen die diversen Trennungs-, Abgrenzungs- und Ghettoisierungsmechanismen, die allenthalben am Werk sind und zu dem geführt haben, was ich als *Entnationalisierung* der Demokratien bezeichnen möchte, für deren Zerrissenheit sie verantwortlich sind. Davon zeugen ferner die neuen Einstellungen zu Steuern und Umverteilung, die überall die Wohlfahrtsstaaten geschwächt haben. Doch ist die Erschütterung auch politischer Natur, denn aus dem Bossuet-Paradox resultiert ein Gefühl der Ohnmacht. Die immer genauere Kenntnis der Ungleichheiten zeitigt keine Korrekturmaßnahmen. »Alles wissen und alles sagen, ohne dass sich das Geringste verändert«, scheint das Motto des modernen Gattopardo zu lauten.¹³ Daher dieses Gefühl, diese Geißel der Jetztzeit, sich mit Situationen konfrontiert zu sehen, die man zwar bedauerlich findet, denen gegenüber man aber letztlich passiv bleibt, ohne sich seiner eigenen Handlungsunfähigkeit überhaupt nur bewusst zu sein. Ein zwiespältiges Gefühl obendrein, weil es die Suche nach Sündenböcken und eine Flucht in esoterische Heilsversprechen fördert. Das Politische äußert sich auch darin, dass diese Situation zur Zerstörung des demokratischen Gedankens führt, wie er sich herausgebildet hat, um der Revolution der Moderne einen Sinn zu verleihen, und die Rückkehr zu den dunkelsten Kapiteln ihrer Geschichte forciert. Schließlich äußert es sich in der Tatsache, dass die Krise des Gleichheitsgedankens überall die Bedingungen der Parteienkonfrontation verändert. Eine ihrer gravierendsten Konsequenzen ist, für tiefe Irritationen bei den Linksparteien (im weitesten Sinne) zu sorgen, die sich, historisch betrachtet, der Aufgabe verschrieben hatten, den Gleichheitsgedanken voranzutreiben.

Als Schlagwort behält die Gleichheit natürlich auch weiterhin ihren Platz in den Reden und Programmen. Die Tatsache jedoch, dass sie an der Krücke schmeichelhafter Adjektive daherkommt, die sie als »radi-

13 Das des alten lautete: »Se vogliamo che tutto rimanga come è, bisogna che tutto cambi!« (»Wenn wir wollen, dass alles bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, dass alles sich verändert.«) Vgl. di Lampedusa, *Der Gattopardo* [AdÜ].

kal« oder »real« ausgeben, kann nicht verhindern, dass sie hohl klingt. Sie hat ganz einfach den Bezug zur Erfahrungswelt verloren, sie zeigt nicht mehr auf konkrete und nachvollziehbare Weise, welche Kämpfe zu führen und welche Perspektiven zu entwickeln sind. Der Gleichheitsgedanke hat sich in eine ferne Gottheit verwandelt, deren routinierte Verehrung von keinem lebendigen Glauben mehr gespeist wird. Sie äußert sich nur noch als negative Beschwörung, »die Ungleichheiten zu verringern«, ohne ein positives Bild einer wünschenswerten Welt zu entwerfen. Sie verkörpert keinen Wert von universeller Bedeutung mehr, zu dem sich jeder, wie zur Freiheit, bekennen kann. Häufig wird sie nur noch mit der beschränkten Vorstellung eines Kampfes gegen die manifeste Armut in Verbindung gebracht. Die Linke hat im Zuge dessen verloren, was historisch ihre Stärke und Legitimität begründete. Die Rückschläge, die sie allenthalben erleidet, sind keineswegs vorübergehender Natur; sie sind strukturell bedingt, weil sie an diesen Niedergang der Gleichheit gekoppelt sind. Zweifellos wird die Linke weiterhin ihre Triumphe an den Wahlurnen feiern können, weil Wahlen eine Form der Auseinandersetzung sind, bei der die Schwächen des Gegners ebenso ins Gewicht fallen wie die eigenen Stärken, aber sie ist keine Macht mehr, die die Welt erklärt und in Bewegung setzt. Sie gibt der Epoche nicht mehr ihre Richtung vor. Sie hat keine revolutionäre Potenz mehr, im etymologischen Sinne des Wortes. Darunter leidet auch das demokratische Leben, das sich im Gegenzug abschwächt, zurückentwickelt, angezogen von den Dämonen der Identität und Homogenität. Es gibt also nichts Dringlicheres zu tun, als diesen Gleichheitsgedanken neu zu begründen. Dazu einen Beitrag zu leisten, ist der Ehrgeiz dieses Buches. Es nimmt zu diesem Zweck eine doppelte, historische und theoretische, Perspektive ein.

Das Historische zuerst, denn diese Krise der Gleichheit ist Teil einer langen Geschichte. Man kann sich nicht damit begnügen, sie als vorübergehenden Rückschritt zu deuten, der beispielsweise auf die Dynamik einer außer Rand und Band geratenen Finanzökonomie oder die zersetzende Wirkung einer von allen Regeln befreiten Globalisierung zurückzuführen wäre. Ebenso wenig kann man sie zur bloßen Konsequenz eines »Neoliberalismus« erklären, der zuerst militanten Regierungen seine Bedingungen diktierte, bevor er klammheimlich die Macht über die Köpfe ergriff. All das hat und hatte seine Bedeutung. Doch was derzeit auf dem Spiel steht, muss mit einem anderen Maßstab gemessen werden. Ein ganzes Zeitalter steht im Begriff,

zu Ende zu gehen, nämlich das einer auf Umverteilung beruhenden Vorstellung sozialer Gerechtigkeit, wie sie sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts herausbildete. Was wir aktuell erleben, sind die Folgen und Verwerfungen dieses Übergangs. Doch um dieses vergangene Jahrhundert der Umverteilung richtig zu verstehen, muss es selbst unter dem Gesichtspunkt der Lösung der ersten großen Krise der Gleichheit betrachtet werden. Diese begann in den 1830er Jahren mit der Entwicklung eines Kapitalismus, der die Errungenschaften der Französischen Revolution rückgängig machte und auf seinem Höhepunkt von den Auswirkungen der ersten Globalisierung der Jahre 1880–1900 geprägt war. Diese erste Krise äußerte sich in der Entstehung von Nationalismus und Protektionismus, gepaart mit fremdenfeindlichen Ressentiments, sowie in dem Bestreben, die soziale Frage über das Identitäts- und Homogenitätsprinzip zu lösen. Der Aufbau redistributiver Sozialstaaten war der Versuch, diesen perversen Bestrebungen eine nachhaltige Lösung der sozialen Probleme der Zeit entgegenzusetzen. Man muss solche Zäsuren bedenken, um die Gegenwart richtig zu verstehen, daher sollen sie im Folgenden ausführlich erörtert werden. Tatsächlich kann bei der Neubetrachtung dieser langen Geschichte der irritierende Eindruck entstehen, als würden wir heute zu den pathologischen Erscheinungen zurückkehren, von denen die erste Krise der Gleichheit gezeichnet war. Nationalismus, Protektionismus, Fremdenhass: Alles ist wieder da. Um diese zweite Krise zu überwinden, müssen wir also eine Antwort auf die soziale Frage von heute finden. Diese kann allerdings nicht darin bestehen, eine schlichte Rückkehr ins glückliche Zeitalter der Umverteilung zu erwägen. Abgesehen davon, dass viele ihrer Durchführungsmechanismen eine Modernisierung und Wiederbelebung benötigen, muss darüber hinaus der Gleichheitsgedanke an sich von Grund auf und in seiner Gesamtheit neu durchdacht werden. Das haben die Sozialdemokraten und Linksrepublikaner in den Jahren um 1900 auf ihre Art getan. Doch der Rahmen, den sie festlegten, bezog sich auf eine Zeit, in der die Gesellschaft als Körper verstanden wurde, die Solidarinstitutionen also als bloßer Ausfluss einer organischen Sicht des Sozialen galten. Im heutigen Zeitalter des Individuums muss die Sache anders konzipiert werden.

Um diese Aufgabe zu bewältigen, ist das Buch so angelegt, dass es mit dem Geist der Gleichheit, wie er sich in der Amerikanischen und der Französischen Revolution herausbildete, beginnt. Gleichheit wurde seinerzeit vorrangig als Beziehung verstanden, als eine Art, die

Gesellschaft zu begründen, das Gemeinwesen zu erzeugen und mit Leben zu erfüllen. Sie wurde als demokratische Eigenschaft betrachtet und nicht nur als Maß der Wohlstandsverteilung. Diese Beziehungsgleichheit kreiste um drei Denkfiguren: Ähnlichkeit, Unabhängigkeit und Staatsbürgerschaft. Die Ähnlichkeit gehört zum Bereich einer *Äquivalenzgleichheit*; ähnlich zu sein, heißt, dieselben Grundeigenschaften aufzuweisen, wobei die verbleibenden Unterschiede keinen Einfluss auf die Qualität der Beziehung haben. Die Unabhängigkeit ist eine *Autonomiegleichheit*; sie ist negativ definiert als fehlendes Unterordnungsverhältnis und positiv als Tauschgleichgewicht. Die Staatsbürgerschaft wiederum ist eine *Teilhabegleichheit*, die sich aus der Gemeinschaft der Zugehörigen und staatsbürgerlich Engagierten ergibt. Das Projekt der Beziehungsgleichheit nahm folglich Gestalt an als eine *Welt* der Gleichen, eine *Gesellschaft* autonomer Individuen und eine *Gemeinschaft* von Bürgern. Gleichheit wurde somit als Stellung der Individuen zueinander, Regel ihres Umgangs miteinander und Konstitutionsprinzip ihres Gemeinwesens gedacht; was den drei möglichen Gestalten sozialer Bindung entspricht. Die Menschenrechte, der Markt und das allgemeine Wahlrecht waren zu diesem Zeitpunkt ihre Träger. Ökonomische Ungleichheiten galten in diesem Rahmen nur als zulässig, wenn sie die Entfaltung der verschiedenen Modalitäten der Beziehungsgleichheit, die die Matrix einer Gesellschaft der Gleichen bildeten, nicht beeinträchtigten. Diese Vorstellungen, in einer vorkapitalistischen Welt formuliert, wurden von der industriellen Revolution schwer in Mitleidenschaft gezogen, was dementsprechend die erste große Krise der Gleichheit auslöste. Um einen Ausweg aus der zweiten Krise zu finden, müssen wir zu diesem Geist der Gleichheit zurückkehren, indem wir ihm eine zeitgemäße Form verleihen. Wir werden aufzeigen, wie ihm heute durch die Prinzipien der Singularität, der Reziprozität und der Kommunalität ein neuer Sinn gegeben und das Projekt, eine Gesellschaft der Gleichen zu errichten, neu formuliert werden kann. Auf diesem Fundament wird die Legitimität neuer Umverteilungspolitiken entstehen.

Auf den folgenden Seiten hat mich mehr denn je das Bemühen geleitet, die Arbeit des Gelehrten nicht von der Besorgnis des Bürgers zu trennen, den Horizont des Möglichen zu erschließen, indem ich das Feld des Denkbaren ordne und strukturiere. Das ist die intellektuelle Herausforderung, die meiner Arbeit als Historiker und politischer Philosoph zugrunde liegt. Das politische Anliegen ist, klarzumachen,

dass die Zukunft der sozialistischen Idee im 21. Jahrhundert im Zeichen dieser gesellschaftlichen Vertiefung des demokratischen Ideals stehen wird. Es ist somit an der Zeit, für eine *umfassende Demokratie* zu kämpfen, die aus einer wechselseitigen Durchdringung der lange getrennten Ideale von Sozialismus und Demokratie resultiert. Die großen geistigen und politischen Debatten der Zukunft werden sich darum drehen, ihre Triebkräfte und Leitlinien genauer zu bestimmen. Dieses Buch hat keinen anderen Ehrgeiz, als den Grundstein zu diesem Neuaufbau zu legen.

Inhalt

Einleitung – Die Krise der Gleichheit 9

I Die Erfindung der Gleichheit 21

Die Welt der Gleichen 23

Die Gesellschaft unabhängiger Individuen 33

Die Gemeinschaft der Bürger 47

Die Marginalisierung der Unterschiede 62

Errungenschaften und Unvollendetes 76

II Die Pathologien der Gleichheit 93

Die gesplante Gesellschaft 95

Die liberal-konservative Ideologie 108

Der utopische Kommunismus 135

Der Nationalprotektionismus 159

Der konstitutive Rassismus 177

III Das Jahrhundert der Umverteilung 195

Die Umverteilungsrevolution 197

Die historischen und politischen Faktoren eines Bruchs 206

Die Entindividualisierung der Welt 224

Die Konsolidierung des redistributiven Sozialstaats 234

IV Der große Gegenschlag 247

Die unvermeidliche Moralkrise der Solidarinstitutionen 249

Die Ökonomie und die Gesellschaft der Singularität 259

Das Zeitalter der Verteilungsgerechtigkeit 270

Die totale Konkurrenzgesellschaft 276

Radikale Chancengleichheit 286

V Die Gesellschaft der Gleichen (Erster Entwurf)	301
Von der Verteilungsgleichheit zur Beziehungsgleichheit	303
Singularität	309
Reziprozität	319
Kommunalität	328
Auf dem Weg zu einer allgemeinen Ökonomie der Gleichheit	342
 Bibliografie	 355
Personenregister	380

Zum Autor:

Pierre Rosanvallon ist Professor für Neuere und Neueste politische Geschichte am Collège de France und directeur de recherche an der École des hautes études en sciences sociales (EHESS). 2001 rief er den internationalen intellektuellen Workshop »La République des Idées« ins Leben, deren Vorsitzender er ist. Pierre Rosanvallon hat zahlreiche Schriften publiziert, die in 22 Sprachen übersetzt und in 26 Ländern herausgegeben wurden. 2016 wurde ihm der Bielefelder Wissenschaftspreis im Gedenken an Niklas Luhmann verliehen.

In der Hamburger Edition sind erschienen: *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit, Reflexivität, Nähe* (2010) und *Die gute Regierung* (2016).

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© der deutschen Ausgabe 2013 by Hamburger Edition
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
© der Originalausgabe 2011 by Éditions du Seuil, Paris
Titel der Originalausgabe: »La société des égaux«

Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Typografie und Herstellung: Jan und Elke Enns
Satz aus der Stempel-Garamond von Dörlemann Satz, Lemförde
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-86854-257-8
1. Auflage März 2013